

Protokoll

des Einwohnerrates Zofingen

Amtsperiode 2014/17

3. Sitzung vom Montag, 19. September 2016, 18.00 – 20.26 Uhr im Stadt- saal

Vorsitz

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Protokollführerin

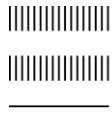
Cornelia Zürcher, Stadtschreiberin

Anwesend

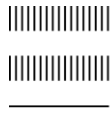
- 39 Mitglieder des Einwohnerrates (bis 19.38 Uhr 38 Mitglieder)
- 6 Mitglieder des Stadtrates

Entschuldigungen

- Irma Jordi, Einwohnerrätin (bis 19.38 Uhr)
- André Kirchhofer, Vizepräsident Einwohnerrat
- Rahela Syed, Stadträtin



Traktandenliste	Seite
1. Mitteilungen	231
2. Verwaltungsorganisation	
GK 129 Bericht zum Postulat der FGPK betr. „Organisation und Struktur der Bauverwaltung Zofingen“ (GK 102)	231
GK 110 Weiterführung der befristeten Projektleiterstelle im Bereich Hochbau und Liegenschaften	234
3. Kreditbewilligungen	
GK 130 Kreisel Henzmann – Bewilligung Gemeindeanteil für die Sanierung und den Umbau von Belag in Beton	236
GK 131 Henzmannstrasse – Erneuerung und Aufwertung Abschnitt Kreisel Henzmann bis Gemeindegrenze	237
4. Parlamentarische Vorstösse	
GK 103 Postulat der SP/JUSO-Fraktion vom 19. Oktober 2015 betr. sichere Buswartehäuschen – auch für Vögel (Begründung; Stellungnahme/ Antrag Stadtrat)	242
GK 108 Interpellation von Urs Plüss (DYM/EVP) vom 30. November 2015 betr. neuem Verkehrsregime und Verkehrssignalisation Frikart-/Brittnauer- strasse (Begründung; Antwort Stadtrat)	242
GK 114 Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 14. März 2016 betr. Asyl- zentrum Zofingen – wie weiter? (Begründung; Antwort Stadtrat)	243
GK 115 Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 14. März 2016 betr. Begeg- nungszone Wuhrmatt-/Junkermattstrasse – Aufhebung Fahrverbot (Begründung; Antwort Stadtrat)	243
5. Umfrage	244



Begrüssung

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Präsidentin begrüsst die anwesenden Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Stadtrates, die Ratssekretärin, die Kaderleute der Verwaltung, den Stadtweibel, die Stadtsaalcrew sowie die anwesenden Medienschaffenden, die Zuhörenden und Gäste auf der Tribüne zur heutigen Sitzung und gibt die Entschuldigung von Vizepräsident André Kirchhofer bekannt. Irma Jordi wird etwas verspätet eintreffen.

Die zur Diskussion gestellte **Traktandenliste** wird ohne Änderungen **genehmigt**.

Der Rat ist mit **zurzeit 38 Mitgliedern verhandlungsfähig**.

Mitteilungen

Die Einwohnerratsmitglieder wurden am vergangenen Freitag per E-Mail mit der per 1. Juli 2016 **aktualisierten Adressliste** bedient.

Das **Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 20. Juni 2016** gilt als **genehmigt**, da innerhalb der Frist, welche am 2. August 2016 abgelaufen ist, keine Einwendungen erfolgten.

Am heutigen Abend ist Herr Geiser als Gast anwesend. Er wird **Fotos** für das kommende **Neujahrsblatt** machen, da darin ein Bericht zum 50-jährigen Jubiläum des Einwohnerrates erscheinen wird.

Als **Tischauflage** erhalten die Ratsmitglieder die Bewohner- und Mitarbeiterzeitung **Ineluege** (Nr. 3/ August 2016) des Seniorenzentrums Zofingen.

Neueingänge

Folgende parlamentarischen Vorstösse sind neu eingegangen:

- Postulat von Michael Wacker (SP/JUSO, sp) betr. Führungsqualität der Schulleitung

Das **Postulat betr. Führungsqualität der Schulleitung**, wurde von Elmar Bertschinger (SP/JUSO, sp) am 30. November 2015 bereits einmal eingereicht. Da der Alleinunterzeichner per Ende 2015 aus dem Einwohnerrat ausgeschieden ist, wurde das Geschäft aufgrund von § 42 Abs. 2 des Geschäftsverkehrsgesetzes (GVG) vom 19. Juni 1990 als **hinfällig** von der Kontrolle abgeschrieben. Gemäss dieser gesetzlichen Regelung gilt ein hängiger parlamentarischer Vorstoss u.a. als erledigt, wenn der Erstunterzeichnende aus dem Rat ausscheidet und nicht ein Ratsmitglied innert 4 Wochen den Vorstoss übernimmt.

Art. 69

Verwaltungsorganisation

GK 129

Bericht zum Postulat der FGPK betr. „Organisation und Struktur der Bauverwaltung Zofingen“ (GK 102)

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Vor gut 11 Monaten hat die FGPK das Postulat zur Organisation und Struktur der Bauverwaltung eingereicht, da die Kommission bei der Rechnungsprüfung wiederholt offensichtliche Mängel festge-

stellt hat, und die Bauverwaltung dadurch immer wieder in den Fokus geraten ist. Auch Aussenstehende, wie Bauherren oder andere Betroffene, waren nicht mehr zufrieden mit der Bauverwaltung. Nachdem das Postulat mit 40:0 Stimmen überwiesen wurde, hat der Stadtrat die Aufgabe angepackt, Kennzahlen erarbeitet, einen Benchmark erstellt und geprüft, wo Verbesserungspotenzial besteht. Nach Erstellung der Ist-Analyse stand fest, dass in fünf Punkten klarer Handlungsbedarf besteht. Dennoch hält der Stadtrat in seiner Medienmitteilung vom 19. August 2016 fest, dass die Bauverwaltung Zofingen (Ressorts Hochbau und Tiefbau) sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht sehr gute Arbeit leistet.

Sicherlich gibt es Bereiche, die funktionieren und teilweise erfolgt auch die Erledigung von Aufgaben ausgezeichnet. Trotzdem liegt einiges im Argen (Stichwort: vergessene Anschlussgebühren, welche grosse finanzielle Auswirkungen hatten) und sowohl die FGPK wie auch die Parteien sind enttäuscht von der erfolgten Medienmitteilung.

Aus Sicht der FGPK ist der erstattete Bericht des Stadtrates mehrheitlich enttäuschend. Zwar erfolgt eine personelle Änderung in der Führung, doch die Strukturen bleiben eigentlich unverändert bestehen. Das Beibehalten von zwei Führungskräften vermag die Probleme nicht zu lösen. Es wurde eine grosse Chance verpasst und der Stadtrat hat in seinem Bericht nicht aufgezeigt, weshalb er nicht für eine einheitliche Führung der Bauverwaltung ist, sondern an der bisherigen Struktur festhalten will. Der FGPK-Präsident hätte sich mehr Mut zur Bereinigung der Strukturen gewünscht. Mut wurde nur insofern gezeigt, als man einen personellen Wechsel im Bereich Hochbau und Liegenschaften vornehmen wird. Deswegen wird dem Stadtrat eine glückliche Hand zur Neubesetzung dieser Führungsstelle gewünscht. Zusätzlich zu dem Druck, welcher bereits von links, rechts und unten besteht, soll die neue Führungskraft auch dem Druck von oben, welcher zukünftig durch die zuständigen Stadtratsmitglieder besser erfolgen soll, standhalten. Dieser musste eingestehen, dass die Führung durch die zuständigen Ressortvorsteher in der Vergangenheit zu wenig eng erfolgt ist. Zu den Führungsaufgaben gehört auch die Sicherstellung, dass alle Arbeiten zielführend und richtig ausgeführt und umgesetzt werden.

Nach Meinung von Robert Weishaupt wird es längerfristig keine andere Lösung geben, als die Bauverwaltung unter einer Führung zusammenzulegen mit einem Chef, der städtebauliche Akzente setzt und den KGV besser kennt und aktualisiert. Ihm wären ein für den Hochbau sowie ein für den Tiefbau Verantwortlicher zu unterstellen, und er hätte die Gesamtleitung über alle Sachbearbeiter und das Sekretariat. Natürlich wird es Stimmen geben, die daran zweifeln, dass die Führung durch zwei verschiedene Ressortleiter funktionieren wird. Deshalb ist es Zeit für visionäre Denkweisen und Ansätze. Um neue Möglichkeiten zu sehen, müssen alte Gewohnheiten losgelassen werden. Weshalb soll nicht der Stadtmann als Bauvorsteher fungieren? Seine bisherigen Aufgabengebiete könnten anderweitig verteilt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre, die Liegenschaftsverwaltung von der Bauverwaltung abzutrennen und eine eigene Abteilung zu schaffen. Oder weshalb nicht den Stadtrat auf fünf Mitglieder reduzieren, dafür aber die jeweiligen Pensen erhöhen? Natürlich müssen auch kontinuierlich immer alle Prozesse und Abläufe in der Verwaltung hinterfragt werden. Sind diese noch genügend oder bedarf es Änderungen? Alle Optimierungen nützen allerdings nichts, wenn sie nicht gelebt werden. Vizeammann Hans-Martin Plüss erwähnte an der FGPK-Sitzung, dass man sich mit den geplanten Änderungen der Organisation eine gewaltige Verbesserung der Effizienz erhoffe. Leider kann mit „erhoffen“ nichts erreicht werden, weshalb eine gewaltige Verbesserung der Effizienz erwartet wird. Obwohl in diesem Wort „warten“ enthalten ist, beobachtet die FGPK die Entwicklung vorerst. Sollte diese nicht im Sinne der Kommission ausfallen, wird man erneut Massnahmen fordern. Die FGPK ist überzeugt, dass dieses Thema noch längst nicht abgeschlossen ist; trotzdem sind die Kommissionsmitglieder bereit, dem Stadtrat einen Vertrauensbonus zu gewähren. Mit einer Abschreibung des Postulats im nächsten Jahresbericht wird sich die FGPK jedoch nicht einverstanden erklären.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Diskussion ist offen.

Urs Plüss, DYM

Die Fraktion der Dynamischen Mitte nimmt GK 129 zur Kenntnis. Trotzdem herrscht eine gewisse Skepsis und Unzufriedenheit. Einige hätten mehr erwartet, wie z.B. die Umstrukturierung und Zusammenfassung beider Baubereiche. Andere monieren, dass im falschen Bereich ein neuer Leiter gesucht werde. Die Dritten bezweifeln, dass sich durch diese minimale Strukturveränderung wirklich eine Verbesserung ergeben wird. Einige weitere sind der Meinung, dass nach dem der Bauverwaltung ausgesprochenen Lob eigentlich keine Änderung nötig sei. Auch wird das Organigramm kritisiert, da die Abteilung Tiefbau nach wie vor zwei Vorgesetzte hat, was Konfliktpotenzial schafft.

Nachdem alle ungefähr im gleichen Mass unzufrieden sind, soll der vorgeschlagenen Struktur eine Chance gewährt werden, wobei die neue Leitung Hochbau sicherlich den grössten Teil der Last tragen wird.

Sollte es wiederum nicht klappen und wäre der Stadtrat gezwungen, einen weiteren – den dritten – Anlauf zu nehmen, müssten wirklich grosse Vorbehalte an der Führung geäussert werden. Er bedankt sich für die Aufmerksamkeit und schliesst mit dem Sprichwort: „Die Hoffnung stirbt zuletzt“.

Jakob Lang, Fraktionschef FDP

Aus der erfolgten Analyse kann geschlossen werden, dass die Qualität und Quantität der Bauverwaltung eigentlich gut, die Führung aber verbesserungsfähig ist. Oft ist das Unausgesprochene jedoch das Wichtigste. Es findet sich im Bericht nichts zum Klima und zur Stimmung, weshalb der Hund wahrscheinlich dort begraben liegt. Der Handlungsbedarf wurde geortet, die Führung muss verbessert werden. Deshalb wurde ein neues Organigramm erstellt. Daraus geht hervor, dass drei politisch Verantwortliche zwei Chefs führen, welche wiederum 7,4 Angestellte zu führen haben. Es muss klar festgestellt werden, dass irgendwo die Führung fehlt. Eigentlich sollten drei Stadtratsmitglieder ausreichend sein, um 9,4 Personen in der Bauverwaltung zu führen! Nachdem ein erster Schritt getan wurde, muss die Umsetzung nun auch konsequent erfolgen. Die FDP ist optimistisch, dass die angestrebten Veränderungen erfolgreich umgesetzt werden können.

Hansruedi Hauri, SVP

Die SVP-Fraktion schliesst sich den Voten der Vorredner an. Er selber hat seit 15 Jahren Einsitz im Einwohnerrat und genauso lange besteht in der Bauverwaltung eine Baustelle. Er hofft, dass es nicht weitere 15 Jahre dauert, bis die Bauverwaltung funktioniert wie gewünscht.

Marcel Thüler, Fraktionschef SP/JUSO

Der Bericht wurde von der FGPK gefordert und man konnte feststellen, dass es verschiedene Ansichten gibt, wie diese Abteilung geführt werden sollte oder könnte. Die Bauverwaltung steht seit langem im Fokus und wurde kritisch beobachtet. Das Postulat hatte zum Ziel, die Situation in der Bauverwaltung gesamthaft zu beurteilen. Nun liegt eine Idee vor, wie man vorgehen könnte. Das Ergebnis kann erst später gemessen werden. Deshalb wird das Vorgehen des Stadtrates begrüsst, im Jahr 2017 einen Zwischenbericht zu erstellen und zu erläutern, was bisher umgesetzt werden konnte und wie es weitergehen soll. Dadurch können auch die gesetzten Ziele besser überwacht werden. Die SP/JUSO ist der Meinung, dass dieses Vorgehen im Moment richtig ist.

Er bedankt sich an dieser Stelle beim bisherigen Leiter Hochbau und Liegenschaften, welchem neu eine Stelle als Projektleiter angeboten wird, für seinen Einsatz und seine Arbeit und hofft, dass er der Stadt in der neuen Position weiterhin erhalten bleibt.

Der Stadtrat ist sehr selbstkritisch und hat gesehen, dass auch bei seiner Führungsarbeit Handlungsbedarf besteht. Er bedankt sich daher für die selbstkritische Haltung und den am Bericht Beteiligten für die Arbeit.

Hans-Ruedi Hottiger, Stadtkammann

Trotz der zahlreichen geführten Interviews mit externen und internen Personen sowie Mitgliedern der FGPK war es schwierig, das wirkliche Defizit auszumachen und den effektiven Vorwurf herauszufinden. In den letzten Jahren gab es keine Kostenüberschreitungen mehr, die Bauprojekte wurden zeitgerecht und innerhalb des jeweiligen Budgetrahmens über die Bühne gebracht.

Es besteht jedoch ein Führungsproblem. Um eine Führungsfunktion ausüben zu können, braucht es nicht nur Fachkompetenz sondern auch eine grosse Sozial- und Kommunikationskompetenz. Dort muss angesetzt werden. Dem Stadtrat ist bewusst, dass die Arbeit nun erst richtig anfängt. Mit einigen wenigen organisatorischen Griffen ist die Problematik noch nicht gelöst. Dem Stadtrat ist auch bewusst, dass die Arbeit auf oberster Ebene – bei den zuständigen Ressortvorstehern – beginnt.

Dem Stadtrat ist wichtig, klarzustellen, wie die Kompetenzen verteilt sind. Er hatte gemäss Postulat den Auftrag, die Struktur und Organisation der Bauverwaltung sowie den Benchmark aufzuzeigen und neue Lösungen vorzuschlagen. Daher wurde diese Lösung, für welche der Stadtrat verantwortlich ist, vorgeschlagen. Die oberste Verantwortung liegt beim Stadtrat. Er wird diese übernehmen und die vorgeschlagenen Massnahmen umsetzen.

Stefan Giezendanner, SVP

Seiner Meinung nach ist der gleiche Punkt erreicht, wie dazumal, als die BDO beauftragt wurde, eine Studie zur Reorganisation der Bauverwaltung zu erstellen. Man hat erneut eine Analyse durchgeführt und kommt zum Schluss, dass nicht viel verändert werden kann oder muss. Stefan Giezendanner ist jedoch ganz eindeutig nicht damit einverstanden, dass einer Führungsperson eine Projektleiterstelle angeboten wird, welche ihren bisherigen Posten nicht bestmöglich ausgefüllt hat. Er erwartet, dass stringent und folgerichtig gehandelt wird und sich der Mitarbeitende neu orientiert.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Vom vorstehenden Bericht zum Postulat der FGPK betr. Organisation und Struktur der Bauverwaltung Zofingen sei Kenntnis zu nehmen.

Dem stadträtlichen Antrag wird einstimmig mit 37:0 Stimmen zugestimmt und damit vom Bericht zum Postulat der FGPK Kenntnis genommen.

GK 110**Weiterführung der befristeten Projektleiterstelle im Bereich Hochbau und Liegenschaften****Liliane Hofer, Referentin FGPK**

Die FGPK hat dem Antrag des Stadtrates mit 8:0 Stimmen (ohne Enthaltung) zugestimmt. Trotz anfänglicher Befürchtung einiger Mitglieder, dass damit der Druck zur versprochenen Prozessoptimierung in der Bauverwaltung wegfallen könnte, wurde dem Antrag nach einigen Diskussionen schlussendlich ohne Änderung zugestimmt. Aufgrund der geplanten Investitionen in den nächsten Jahren ist der Bedarf für die Projektleiterstelle für die nächsten zwei Jahre mehr als ausgewiesen. Um für einen erfahrenen und ambitionierten Projektleiter als attraktiver Arbeitgeber gelten zu können, ist es zwin-

gend notwendig, einem solchen eine gewisse Arbeitsplatzsicherheit zu bieten. Nur so wird sich ein Mitarbeiter mit hoher Motivation engagieren. Ausserdem gehen bei jedem Stellenwechsel viel Know-how, Zeit und Geld verloren, was vermieden werden soll. Auch sieht die FGPK das grösste Optimierungspotenzial bei den übrigen Funktionen der Bauverwaltung und nicht bei den Projektleiterstellen.

Der Stadtrat hat der FGPK zugesichert, dass erste Ergebnisse und Informationen zur Prozessoptimierung im ersten Halbjahr 2017 geliefert werden und bis Ende 2017 ein ausführlicher Bericht betr. Umsetzung vorgelegt wird. Aus diesen Gründen empfiehlt die FGPK dem Rat die Annahme des Antrags.

Eintreten ist nicht bestritten.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Aufgrund der Investitionsfreudigkeit hat die Bauverwaltung nicht nur mit sich selber sondern auch mit den Bauprojekten viel zu tun. Angesichts des tiefen Zinsniveaus und der unbestrittenen und notwendigen Bauvorhaben ist dagegen auch nichts einzuwenden. Die Konsequenz daraus ist jedoch, dass im Bereich Hochbau die nötigen personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Arbeitslast des Projektleiters ist nach den ersten beiden Jahren nach wie vor sehr hoch. Folglich ist die Verlängerung um zwei weitere Jahre konsequent. Dies umso mehr, als die Alternativen nicht wirklich attraktiv sind. Eine externe Vergabe der Arbeiten hätte viel höhere Kosten zur Folge, bei einer dauerhaften Anstellung würde die gewünschte Flexibilität dahinfliegen. Somit bleibt lediglich der vorgeschlagene Weg einer befristeten Anstellung. Dafür spricht auch die personelle Kontinuität und erarbeitetes Know-how kann weiter verwendet werden. Dass dieses Geschäft nun zeitgleich mit GK 129 behandelt werden muss, ist etwas unglücklich aber daran kann nun nichts mehr geändert werden. Deshalb wird auch nicht das aktuelle Geschäft kritisiert, sondern die Tatsache, dass die Beantwortung in GK 129 so lange gedauert hat. Die Dynamische Mitte wird dem Geschäft zustimmen.

Sascha Antenen, SP/JUSO

Auch die SP/JUSO-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen, da die Notwendigkeit dieser Stelle anerkannt wird. Es sind genügend Personalressourcen notwendig, um die geforderten Bauvorhaben umsetzen zu können. Eine interne Lösung ist um einiges kosteneffizienter, als eine externe Stelle zu beauftragen.

Claudia Hauri, FDP

Die FDP stimmt der Weiterführung der befristeten Projektleiterstelle für die nächsten zwei Jahre ebenfalls zu. Die abgeschätzte Arbeitsauslastung erscheint realistisch, weshalb eine Zustimmung zu diesem Geschäft durchaus Sinn macht.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten. Nachdem das Wort nicht verlangt wird, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Die befristete Projektleiterstelle (100 %) im Bereich Hochbau und Liegenschaften sei bis Ende 2018 weiterzuführen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 37:0 Stimmen einstimmig zugestimmt.

Art. 70

Kreditbewilligungen

GK 130

Kreisel Henzmann – Bewilligung Gemeindeanteil für die Sanierung und den Umbau von Belag in Beton

Rudolf Günthardt, Referent FGPK

Die FGPK befürwortet dieses Geschäft mit 7:0 Stimmen und empfiehlt es dem Rat zur Annahme. Die Vorlage ist klar und sinnvoll; es wird verständlich dargelegt, dass der Kreisel, welcher sich in einem sehr schlechten Zustand befindet, saniert werden muss. Natürlich stellen die hohen Kosten einen Wermutstropfen dar, auch wenn der Kanton einen Anteil von mehr als 50 % übernimmt.

Eintreten ist nicht bestritten.

Yvonne Lehmann, SP/JUSO

Die SP/JUSO-Fraktion wird GK 130 zustimmen. Der Kreisel, welcher ein wichtiges Teilstück der Wiggertalstrasse bildet, muss saniert werden. Leider besteht kein grosser Spielraum für Wünsche, da der Kanton an diesem Bauwerk beteiligt ist. Den Fraktionsmitgliedern fällt in letzter Zeit jedoch vermehrt auf, dass viele Strassenabschnitte im Zusammenhang mit der Wiggertalstrasse der Gemeinde immer wieder Kosten verursachen. Das Bauwerk Wiggertalstrasse, welches vor Jahren bewilligt wurde, hätte gebaut werden und anschliessend dienen sollen. Mit den nun fortlaufenden Folgekosten hat niemand in diesem Ausmass gerechnet. Diese müssen leider akzeptiert werden, da eine Änderung wohl nicht möglich ist.

Markus Gfeller, Fraktionschef SVP

Bei der Behandlung der Vorlage stand bereits nach Kenntnisnahme des ersten Satzes fest, dass es sich um ein Folgeprojekt bzw. um einen Teil des im 2012 bewilligten Neubaus der Wiggertalstrasse handelt. Somit erfolgt ein Nachvollzug des Gemeindeanteils, eine inhaltliche Äusserung zu diesem Projekt ist nicht möglich.

Christoph Wälle, FDP

Das vorliegende Projekt bereite der FDP-Fraktion kein Kopfzerbrechen und gab zu keinen grossen Diskussionen Anlass. Das Geschäft wird einstimmige Zustimmung finden.

Marco Arni, Fraktionschef DYM

Die Dynamische Mitte stimmt dem Kreiselprojekt mit sehr wenig Begeisterung, aber aus rationalen Gründen zu. Die hohen Kosten und die mangelnde Einflussnahme auf den Ausbaustandard wurden bereits angesprochen. Löblich zu erwähnen ist die geplante Verbesserung der Verkehrssicherheit. Inwiefern dies gelingt, muss abgewartet werden.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Die Verkehrssicherheit stellt eines der Hauptelemente dar und kann mit diesem Projekt auf einen genügenden Stand gebracht werden. Dadurch kann die Unfallgefahr reduziert werden. Leider sind die hohen Kosten nicht beeinflussbar. Der Stadtrat hat jedoch berechtigte Hoffnung, dass im Submissionsverfahren bessere Preise erzielt werden können. Ein weiterer Punkt für die hohen Kosten liegt darin begründet, dass unter Verkehr gebaut werden muss, was teure Umleitungsmassnahmen bedingt und etappiertes Bauen erfordert.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Vorlage wird im Detail beraten.

Marco Arni, DYM/glp

V Projekt und Ausführung, 3. Werkleitungen

Die Sanierung der Werkleitungen ist ein wichtiger Bestandteil und beansprucht mehr Zeit (fünf bis sechs Monate) als der eigentliche strassenbauliche Teil (vier bis fünf Monate). Leider ist nicht ersichtlich, inwiefern die Werkleitungssanierungen die Kosten in die Höhe getrieben haben.

Andreas Rüegger, Stadtrat

Die Werkleitungen beanspruchen in der Tat einen grossen Zeitraum. Da es sich aber um Werkleitungen von Dritten – primär der StWZ AG – handelt, gehen diese Kosten grösstenteils zu Lasten des Eigentümers.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Nachdem das Wort nicht weiter verlangt wird, folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Für die Sanierung und den Umbau des Kreisels Henzmann in einen Betonbelag sei ein Verpflichtungskredit für den Gemeindeanteil von brutto CHF 849'000, zuzüglich allfälliger Bauteuerung, zu bewilligen.

Der stadträtliche Antrag wird mit 35:0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) genehmigt.

Sitzungspause

GK 131

Henzmannstrasse – Erneuerung und Aufwertung Abschnitt Kriesel Henzmann bis Gemeindegrenze

Robert Weishaupt, Präsident FGPK

Der Sanierungsbedarf der Henzmannstrasse vom Kriesel Henzmann bis zur Gemeindegrenze Stengelbach, welche in einem sehr schlechten Zustand ist, war in der FGPK unbestritten. Das auf Tempo 30 ausgelegte Projekt gab zu mehr Diskussionen Anlass. Dabei handelt es sich jedoch nicht um ein klassisches Tempo-30-Zonen-Projekt, da nicht generell Rechtsvortritt bestehen wird und ausser der Erstellung der sogenannten Eingangstore keine weiteren Schikanen eingebaut werden. Er erinnert die Ratsmitglieder daran, dass das Geschwindigkeitsregime nicht vom Einwohnerrat festgelegt werden kann, sondern einzig in der Kompetenz des Stadtrates liegt. Der Einwohnerrat hat daher nur die Möglichkeit, diesem Projekt so zuzustimmen oder das vorliegende Geschäft abzulehnen, falls das Einverständnis zum Temporegime 30 fehlt. Die FGPK stimmte dem Projekt an ihrer Sitzung knapp mit 4:3 Stimmen (bei 7 Anwesenden) zu.

Urs Plüss, DYM

Eine Mehrheit der Dynamischen Mitte stellt einen Rückweisungsantrag zu GK 131. Dieser lautet wie folgt:

Rückweisung der Vorlage GK 131 mit dem Auftrag, eine neue Vorlage zu unterbreiten, welche eine Sanierung des besagten Strassenabschnitts vorsieht, jedoch ohne Änderung des Geschwindigkeitsregimes. Konkret soll die Geschwindigkeit bei Tempo 50 belassen werden.

Die Dynamische Mitte befürchtet bei Einführung des neuen Temporegimes die Verlagerung des Verkehrs auf die Strengelbacher- und Mühlemattstrasse. Gerade an dieser Stelle führt die Verkehrsführung am Schulquartier vorbei. Wie bereits früher erwähnt, steht dort die Schulwegsicherheit im Zentrum, welche noch nicht gelöst werden konnte. Im weiteren wird laut einer Studie das Unfallrisiko bei Tempo 30 nicht durch die Temporeduktion gesenkt, sondern die Unfallhäufigkeit verringert sich, weil weniger Verkehrsteilnehmer die temporeduzierte Strasse benutzen. Eine Verbesserung der Verkehrssicherheit im Allgemeinen und des Langsamverkehrs erfolgt somit nicht. Insbesondere der Langsamverkehr besteht nicht aus Anstössern sondern kommt grösstenteils aus den angrenzenden Gemeinden. Für diese bedeutet die kurze Strecke von 393 m keine wirkliche Verbesserung der Sicherheit, da sowohl in Strengelbach als auch nach dem Henzmannkreisel in Richtung Unterführung Tempo 50 gilt. Auch sind das Gewerbe sowie einige Anwohnende gegen die Degradierung zur Quartierstrasse. Ausserdem erfolgte keine Abstimmung mit der Gemeinde Strengelbach. Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die hohen Kosten. Zudem ist der Verkehr durch die Temporeduktion zwischen 15 und 19 Sekunden länger auf dieser Strasse unterwegs, was aufgerechnet auf sämtliche Fahrzeuge, welche die Strasse frequentieren, einen höheren Gesamtzeitaufwand von ungefähr 25 Stunden ergibt.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Gibt es Voten zum Ordnungsantrag auf Rückweisung?

Christian Nöthiger, SP/JUSO, sp

Er nimmt nicht nur für die SP/JUSO-Fraktion Stellung sondern auch als Mitglied der Verkehrskommission. Er geht nicht auf Projektdetails ein, sondern äussert sich lediglich zum Rückweisungsantrag, welcher wegen der geplanten Temporeduktion gestellt wird. Die SP/JUSO-Fraktion wird dem Rückweisungsantrag keinesfalls zustimmen. Ohne Zweifel sind auch auf der Henzmannstrasse viele Schüler mit den Fahrrädern unterwegs, also handelt es sich auch hier um einen Schulweg. Natürlich ist die Schulwegsicherheit an der Strengelbacher- und Mühlemattstrasse noch nicht zufriedenstellend, aber dies hängt nicht mit der Henzmannstrasse zusammen. Es gibt Faktoren, welche nicht beeinflusst werden können, so z.B. die Tatsache, dass mit jeder fertiggestellten Etappe der Wiggertalstrasse das Verkehrsaufkommen dort grösser wird.

Die These, dass mit einer Tempo-30-Zone in der Henzmannstrasse der Verkehr umgeleitet wird, ist nicht plausibel. Es geht schliesslich nicht um ein Fahrverbot, sondern lediglich um eine Reduktion von 20 km/h. Wenn man sich in die Situation der Autofahrer versetzt, die beim Henzmannkreisel ankommen, spielt es ganz klar eine Rolle, wohin diese möchten. Wollen sie ins Zentrum von Strengelbach, nach Vordemwald oder nach Brittnau, so wird die Strecke über die Mühlemattstrasse gewählt - unabhängig des Geschwindigkeitsregimes der Henzmannstrasse. Will jedoch jemand nach Strengelbach Nord oder in Richtung Rothrist, so wird dieser Fahrzeuglenker den Weg über die Henzmannstrasse wählen - und den Zeitverlust von 17 Sekunden in Kauf nehmen. Wählt er stattdessen den Umweg via Strengelbacherstrasse, so wird er 40 Sekunden Zeit verlieren.

Wer könnte denn von einer Umfahrung wirklich profitieren? Das wären einige wenige Fahrzeuglenker in Strengelbach. Nachdem die These nicht korrekt ist, kann auch die Schlussfolgerung - die Schulwegsicherheit der Henzmannstrasse zu opfern, um eine bessere Schulwegsicherheit der Mühlemattstrasse zu erlangen - nicht stimmen. Zudem fragt er sich ernsthaft, worin bei einem Zeitgewinn von 17 Sekunden der volkswirtschaftliche oder persönliche Nutzen besteht. Dieser Zeitvorteil könnte zudem nur unter Idealbedingen erzielt werden. Im betroffenen Abschnitt hat es 15 Einfahrten und es

gibt Anlieferungen zum Zofinger Tagblatt, so dass ein Tempo von 50 km/h gar nicht möglich sein wird.

Bei einer Rückweisung des Geschäfts muss das ganze Projekt neu aufgelegt werden, es reicht nicht aus, einfach eine Geschwindigkeitstafel mit Tempo 50 aufzustellen. Es ist zwar korrekt, dass ein neues, auf Tempo 50 ausgelegtes, Projekt unter Umständen nicht viel teurer würde. Man darf jedoch nicht vergessen, dass die gesamte Planung neu erfolgen muss und die Landabtretungen nicht mehr gesichert sein werden. Sämtliche betroffenen Grundeigentümer waren mit der Landabtretung nur unter der Voraussetzung einverstanden, dass neu Tempo 30 gelten wird.

Der Nutzen der Geschwindigkeitsbegrenzung hingegen liegt bei der höheren Verkehrssicherheit und dem Sinken von Lärm- und Abgasemissionen. Zudem spart der Fahrzeuglenker dadurch Benzin.

Nach Abwägung aller Argumente – vor allem auch die angebliche Verhinderung des gar nicht vorhandenen Verschiebungseffekts auf die Mühlemattstrasse – liegt kein Grund für eine Rückweisung vor. Er empfiehlt daher vor allem denjenigen, die sich für Schulwegsicherheit einsetzen, dem Projekt unverändert zuzustimmen und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Michael Müller, SVP

Es handelt sich um eine Durchfahrtsstrasse, an welcher grossmehrheitlich Gewerbe angesiedelt ist. Es hat lediglich beim Kreisel auf der linken Seite einige Parkplätze, welche froh um eine Temporeduktion wären und am Ende des betreffenden Strassenstücks in Richtung Strengelbach ist die Ausfahrt einer Tiefgarage betroffen. Bei den restlichen Einfahrten handelt es sich um Seitenstrassen, die einmünden. Die SVP wird daher dem Rückweisungsantrag grossmehrheitlich zustimmen. Falls dieser nicht die notwendige Zustimmung findet, wird die SVP-Fraktion anschliessend den stadträtlichen Antrag ablehnen. Er bittet um Zustimmung zum Rückweisungsantrag.

Adrian Borer, DYM/glp

Er bedankt sich als erstes für die seriös ausgearbeitete und auch gut begründete Vorlage. Für ihn ist nicht verständlich, dass wegen eines Temporegimes ein Rückweisungsantrag gestellt wird. Tempo 30 bringt grosse Vorteile, so unter anderem die Verbesserung der Sicherheit. Diese ist gerade in der Koexistenz von verschiedenen Verkehrsträgern – wie motorisiertem Individualverkehr, öffentlichem Verkehr, Fahrradfahrenden und Fussgängern – wichtig. Da die früher erwähnten rund 4'000 Fahrzeuge nicht weggezaubert werden können, bleibt nur noch die Möglichkeit der Verkehrsberuhigung. Bei weiterem Wachstum der Agglomeration wird dies auch in vielen weiteren Fällen schlussendlich die einzige Möglichkeit bleiben. Deshalb muss diese Lösung ergriffen werden.

Eine weitere Aufgabe besteht auch in der Entflechtung, weshalb die wichtigen Verkehrsachsen ausgebaut und gestärkt und die Nebenstrassen beruhigt werden müssen. Das eine bedingt zwingend das andere und führt dadurch zu weniger Stau. Durch das Setzen von Schwerpunkten – Erstellen von leistungsfähigen Achsen- und daneben Einführung von Temporeduktionen, kann ein Benefit generiert werden. Tempo 30 schränkt die Mobilität nicht ein, die Durchfahrt durch eine solche Strasse ist nach wie vor möglich. Zudem richtet sich die Geschwindigkeitsbeschränkung auch keineswegs gegen das Gewerbe. Ausserdem wurden die Vorgaben zur Einführung der Zonensignalisation Tempo 30 eingehalten, hat sich doch eine Mehrheit der Anwohnenden für deren Einführung ausgesprochen.

Soll diese Vorlage wirklich wegen 17 Sekunden Zeitverlust zurückgewiesen werden? Zudem kann die Problematik der Schulwegsicherheit an der Strengelbacherstrasse nicht gelöst werden, indem die Vorlage Henzmannstrasse zurückgewiesen wird. Obwohl man Verkehrsberuhigungsmassnahmen anfänglich oft skeptisch gegenüber steht, ist festzuhalten, dass diese eigentlich zu keinen grösseren Einschränkungen führen. Er bittet daher um Ablehnung des Rückweisungsantrags und anschliessende Gutheissung von GK 131.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Auch ihn erstaunt, dass ein solcher Antrag von Seiten der Dynamischen Mitte erfolgt. Wie er in der FGPK bereits ausgeführt hat, handelt es sich um die erste wirklich gute Strassenbauvorlage seit vielen Jahren. Er bittet daher um Ablehnung des Rückweisungsantrages und darum, dass anschliessend die Fraktionen in ihren Voten klar darlegen, aus welchen Gründen sie die Vorlage ablehnen.

Zofingen will fortschrittlich, modern, zukunftsgerichtet und urban sein. Es gibt tatsächlich bereits solch urbane Zentren in der Schweiz. Eines davon ist Köniz. Die Hauptverbindung zwischen der Stadt Bern und der Region Schwarzenburg führt mitten durch das Dorf, was zu einem grossen Leidensdruck geführt hat. Köniz konnte erreichen, dass auf der Kantonsstrasse ausgangs der Stadt Bern und eingangs Köniz (aus Richtung Schwarzenberg) ein Pfortnersystem mit Lichtsignalanlagen installiert wurde. Zudem wurde die Strasse in eine Zone mit Tempo 30 umgewandelt. Diese Vorgehensweise ist zukunftsorientiert, modern, fortschrittlich und urban.

Nachdem **Einwohnerrätin Irma Jordi eingetroffen** ist, sind neu **39 Mitglieder** anwesend.

Urs Plüss, DYM/EVP

Auch er hat Bekannte in Köniz, die einen sind mit diesem Temporegime zufrieden, andere nicht. Die Meinungen sind geteilt. Er selber ist nicht grundsätzlich gegen solche Zonen mit Tempo 30, diese sollen aber dort eingeführt werden, wo es sinnvoll ist.

Zu den Ausführungen von Christian Nöthiger hält er fest, dass ihm die Auskunft erteilt wurde, in der Verkehrskommission sei dieses Thema gar nie behandelt worden. Was nun stimmt, kann er nicht beurteilen. Auch betont er nochmals, dass eine Temposenkung auf 30 ohne Reduktion des Verkehrs keine grössere Verkehrssicherheit bringt. Schliesslich passieren alle diese Unfälle wegen Verkehrsüberlastung.

Auch bezüglich Emissionsrückgangs bei Tempo 30 liegen Studien vor, die belegen, dass zwischen diesen beiden Geschwindigkeiten kein messbarer Rückgang der Emissionen ermittelt werden kann.

Stefan Giezendanner, SVP

Er glaubt, sich im falschen Film zu befinden. Bei genauerer Betrachtung muss festgestellt werden, dass für die Sanierung und Erstellung der Zone mit Tempo 30 Kosten von CHF 1,745 Mio. generiert werden. Damit werden Ausgaben am falschen Ort getätigt. Der durch ihn berechnete Betrag resultiert aus einem Anteil des Henzmannkreisels (Einmündung in die Henzmannstrasse) von ca. CHF 450'000 sowie den Kosten für die Sanierung. Deshalb spricht er sich für den Rückweisungsantrag aus. Dadurch könnte die jetzige Situation belassen werden. Andererseits sollte bei einer Sanierung der gleiche Zustand mit Tempo 50 wieder hergestellt werden. Aus seiner Laienoptik handelt es sich tendenziell um eine Kantonsstrasse, auf welcher nicht nur Individualverkehr unterwegs ist. Es gilt insbesondere, die Gewerbeansiedlung zu berücksichtigen, weshalb er das Votum von Urs Plüss vollumfänglich unterstützt.

Yvonne Lehmann, SP/JUSO, sp

Zum Thema Verkehrssicherheit ist eine Ergänzung anzubringen. Jeder Automobilist weiss, um wieviel Meter länger der Bremsweg bei Tempo 50 als bei Tempo 30 ist. Sie versteht nicht, wie man behaupten kann, eine Zone mit Tempo 50 sei gleich sicher wie eine solche mit Tempo 30.

Marcel Thüler, SP/JUSO, sp

Er kann die vielen von Urs Plüss aufgelisteten Punkte, weshalb der Rückweisungsantrag unterstützt werden soll, nicht nachvollziehen. Das gleiche Problem besteht bei der Interpellation, die Urs Plüss

eingereicht hat. Er konnte und kann auch da nicht verstehen, wo die Problematik genau liegt. Zum Thema Verkehrssicherheit führt Marcel Thüler aus, dass er persönlich sich sowohl als Fussgänger als auch Rad- oder Autofahrer in einer Zone mit Tempo 30 sicherer fühlt, da der Bremsweg kürzer und die Übersicht besser ist. Wo genau liegt ausserdem das Problem mit den Gewerbetreibenden? Aus welchen Gründen werden die wenigen Sekunden Zeitverlust zur Gefahr für die Zulieferer? Es ist ehrlicher, klar dazu zu stehen, dass man schlichtweg 50 km/h fahren will, als unnachvollziehbare Gründe vorzuschieben. Er macht deshalb ebenfalls beliebt, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen und anschliessend das Geschäft zu genehmigen, damit Zofingen mit einer etwas beruhigteren Strasse weiter gebracht werden kann.

Andreas Rüeegg, Stadtrat

Der Rückweisungsantrag wurde mit der materiellen Forderung gekoppelt, ein Projekt basierend auf Tempo 50 auszuarbeiten. Aus Sicht des Stadtrates ist diese Vorgehensweise nicht möglich, da mittels Rückweisungsantrag das Geschäft ohne Wenn und Aber zurückgewiesen wird. Ansonsten wird über das Projekt diskutiert.

Aus der Diskussion ist massive Kritik am Stadtrat zu entnehmen. Es wird kritisiert, dieser habe nicht informiert und setze sich mit diesem Projekt über den Willen der Direktbetroffenen hinweg. Diese Vorwürfe müssen klar zurückgewiesen werden. Bereits im Jahr 2013 fand die erste öffentliche Informationsveranstaltung statt. Die Anwohnenden wurden über das Projekt informiert. Alle hier im Saal Anwesenden und Interessierten hätten diese Veranstaltung besuchen können. Sowohl 2015 als auch 2016 wurde dieses Projekt in der Verkehrskommission diskutiert, was aus den entsprechenden Protokollen der Kommission hervorgeht. Dem Projekt lag immer die Ausgestaltung mit Tempo 30 zu Grunde, dies auch gestützt auf eine Petition eines grossen Teils der Anwohner. Dieses fertig ausgearbeitete Projekt wurde an der Informations- und Diskussionsveranstaltung vom 28. Juni 2016 vorgestellt. An dieser Veranstaltung war gerade ein einziger Einwohnerrat anwesend, da dieser direkt betroffen ist. Von Seiten des Gewerbes hat ausser den Direktbetroffenen ebenfalls niemand teilgenommen.

Der Stadtrat ist sehr erstaunt ob der Kritik. Das Konzept zur Einführung von Tempo 30 in Wohnquartieren wurde im 2006 in breiter Mitwirkung aller Interessenvertreter und der Bevölkerung erarbeitet und war bis anhin unangefochten. Andreas Rüeegg hält fest, dass die Henzmannstrasse nicht als Einzelstrasse zu betrachten ist, sondern als Ergänzung des angrenzenden Westquartiers. Es handelt sich demzufolge um ein ganzes Quartier, welches auf der Südseite mit Ausnahme einer Liegenschaft nur aus Wohnliegenschaften besteht. Auch auf der Nordseite befinden sich ein Grossteil Wohnliegenschaften. Einzige Ausnahme bildet das Gebiet des Zofinger Tagblatts sowie die beiden Firmen Bachmann Engineering AG und Gerberei Friderich AG.

Von Seiten des Stadtrates wäre man sehr froh, jeweils früher von der jetzt geäusserten Kritik zu erfahren. Dadurch könnten die Projekte in einer sauberen Art und Weise ausgearbeitet werden und hätten demzufolge auch eine Chance, bewilligt zu werden. Die erst jetzt geäusserte Opposition verursacht extrem hohe Kosten. Das Projekt muss nochmals überarbeitet werden und Gewinner gibt es keine. Auch wurde bereits mehrfach erwähnt, dass die Zuständigkeit für die Einführung von Zonen mit Tempo 30 beim Stadtrat liegt. Es wurde ein Road Safety Audit erstellt, man hat alles geprüft und das Bauprojekt auf dieses Temporegime ausgelegt – auch gestützt auf den Willen eines grossen Teils der direkten Anwohner.

Nachdem der Stadtrat konsequent an seinem Konzept von 2006 festhalten will und nicht bereit ist, aufgrund von einwohnerrätlichen Beschlüssen davon abzuweichen, wird das Geschäft ohne weitere Begründung zurückgezogen. Es wird zu einem späteren Zeitpunkt neu unterbreitet.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Nachdem GK 131 vom Stadtrat zurückgezogen wurde, wird der Rückweisungsantrag hinfällig und das Geschäft ist erledigt.

Art. 71

Parlamentarische Vorstösse

GK 103

Postulat der SP/JUSO-Fraktion vom 19. Oktober 2015 betr. Sichere Buswartehäuschen – auch für Vögel (Begründung; Stellungnahme/Antrag Stadtrat)

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Er bedankt sich beim Stadtrat, dass dieser auch für die allerschwächsten Verkehrsteilnehmer oder Leidenden unter dem Verkehr sowohl ein offenes Ohr als auch einen offenen Geldbeutel hat. Diesbezüglich hat er noch eine Anmerkung. Er bittet den Stadtrat, bei den Kosten nochmals über die Bücher zu gehen, da die Preise für das Anbringen der Folie doch sehr hoch sind. Michael Wacker ist aber sehr froh, dass der Stadtrat mit der Überweisung des Postulats einverstanden ist und bittet den Rat, dem Antrag zu folgen.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Diskussion ist offen.

Anders Sjöberg, DYM/glp

Auch die Dynamische Mitte spricht sich dafür aus, Massnahmen zu ergreifen, wenn sich die Buswartehäuschen als Vogelfallen entpuppen. Die hohen Kosten sind allerdings schwer nachvollziehbar, weshalb diese nach Möglichkeit noch gesenkt werden sollen. Die Sanierung soll mit Augenmass vorgenommen und gezielt diejenigen Buswartehäuschen angepasst werden, welche eine besondere Gefahr darstellen.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Daher folgt die Abstimmung über den stadträtlichen Antrag:

Das Postulat der SP/JUSO-Fraktion sei an den Stadtrat zu überweisen.

Dem stadträtlichen Antrag wird mit 20:18 Stimmen zugestimmt und damit das Postulat überwiesen.

GK 108

Interpellation von Urs Plüss (DYM/EVP) vom 30. November 2015 betr. neuem Verkehrsregime und Verkehrssignalisation Frikart-/Brittnauerstrasse (Begründung; Antwort Stadtrat)

Urs Plüss, DYM/EVP

Der Interpellant bedankt sich für die Beantwortung, bemängelt jedoch, dass die Antworten auf die kritischen Fragen ohne grosse Begeisterung erfolgt und insgesamt nicht zufriedenstellend sind. Die grössten Kritikpunkte betreffen die Betonklötze und den Rechtsvortritt. Alle Verkehrsteilnehmer sind gezwungen, abzubremesen, was sehr ärgerlich ist. Praktisch täglich treten gefährliche Situationen

auf, da die Verkehrsteilnehmenden, welche aus den Quartieren einmünden, nicht richtig schauen. Zwar haben diese Rechtsvortritt, sie sind jedoch sehr schlecht zu sehen. Deshalb ist man gezwungen, bei sehr vielen Einmündungen das Tempo auf 20 oder noch weiter zu reduzieren, um genügend Einblick zu erhalten.

Bezüglich der einzelnen Fragen kritisiert er, dass diese nicht korrekt beantwortet wurden oder dass die notwendigen Abklärungen nicht erfolgt sind. Insbesondere kann er sich auch nicht mit der Beantwortung von Frage 17 einverstanden erklären, da gemäss seinen Abklärungen durchaus noch Mittel und Wege offen stehen, um dieses Verkehrsregime rückgängig zu machen. Nachdem viele Anwohner und Strassenbenützer offensichtlich mit der Situation überhaupt nicht zufrieden sind, überlegt er, weitere Schritte einzuleiten.

GK 114**Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 14. März 2016 betr. Asylzentrum Zofingen – wie weiter? (Begründung; Antwort Stadtrat)**

Christian Nöthiger, SP/JUSO, sp

Die SP/JUSO-Fraktion bedankt sich für die Antwort des Stadtrates und nimmt diese erfreut zur Kenntnis. Während mehreren Jahren befand sich in Zofingen die weitaus grösste Asylunterkunft des Kantons, welche sich mitten in der Stadt befand. Obwohl der Stadtrat dabei kein Mitspracherecht hatte, erfolgten Umsetzung und Handhabung sehr gut. Dafür gebührt dem Stadtrat ein Lob. Auch die Zofinger Bevölkerung betrachtete die Angelegenheit sehr nüchtern, was verdankt werden muss. Zudem gab es gute und initiative Aktivitäten von freiwilligen Personen; so fanden Spielstunden mit den Kindern statt, es wurden Gärten angelegt und Wanderungen durchgeführt. Dieses freiwillige Engagement ist keineswegs selbstverständlich.

Aus der Antwort des Stadtrates ist ersichtlich, dass offenbar Aussicht für eine Anschlusslösung besteht. Die SP/JUSO-Fraktion hofft, dass die Umsetzung auch wirklich erfolgt, nicht zuletzt wegen der hohen Ersatzabgaben, die sonst geleistet werden müssten.

GK 115**Interpellation der SP/JUSO-Fraktion vom 14. März 2016 betr. Begegnungszone Wuhrmatt-/Junkermattstrasse – Aufhebung Fahrverbot (Begründung; Antwort Stadtrat)**

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Mit der Beantwortung kann, wenn auch schlecht, gelebt werden. Er kritisiert, dass sich aus den Antworten zum Teil neue Fragen ergeben. Zur Beantwortung der Frage 6 weist er nochmals auf das Konzept „Einführung von Tempo-30-Zonen in Zofinger Wohnquartieren“ hin (Seite 12, Pkt. 2.7). Darin ist aufgeführt, dass bei gleichzeitiger Aufhebung von Fahrverboten eine materielle Entkopplung stattfinden muss und zwei separate Ausschreibungen erfolgen müssen. Das wurde jedoch nicht so gehandhabt. Bei Frage 7 ist erwähnt, dass in den vier Strassen keine zusätzlichen Strassenparkplätze markiert werden sollen. Im Projekt hingegen waren solche enthalten. Er geht deshalb davon aus, dass eine Projektänderung vorgenommen wurde.

Eine Diskussion zu den erwähnten Kritikpunkten wird nicht gewünscht.

Art. 72**Umfrage****Hinweis der Protokollführung**

An der Einwohnerratssitzung wurden zuerst alle Fragen gestellt, und danach folgten die Beantwortungen durch den Stadtrat. Aus Gründen der Übersichtlichkeit folgt im Protokoll die jeweilige Beantwortung gleich nach der Frage.

Michael Müller, SVP

Gemäss Parkgebührenreglement der Stadt sind sämtliche Parkplätze auf öffentlichem Grund zu bewirtschaften. Wurde dies bis anhin so gehandhabt oder bis zu welchem Zeitpunkt erfolgt die lückenlose Umsetzung? Weiter kann dem Reglement entnommen werden, dass Fahrzeughalter, welche regelmässig auf öffentlichem Grund parkieren, dazu eingeladen werden können, ein Abonnement zu lösen. Wie konsequent erfolgt hier die Umsetzung?

Andreas Rüegger, Stadtrat

Es sollen und werden die Parkplätze auf öffentlichem Grund bewirtschaftet. Es gibt nach wie vor Ausnahmen, da die Erstellung von Parkautomaten nicht überall problemlos möglich ist. Es besteht aber die Absicht, die Parkplatzbewirtschaftung flächendeckend durchzusetzen. Bezüglich regelmässigem Parkieren auf öffentlichem Grund findet sich im Reglement die sogenannte „Laternengebühr“. Diese wird durchgesetzt, obwohl eine Kontrolle sehr schwierig ist. Deshalb werden entsprechende Alternativen, wie Park- oder Zonenkarten, geprüft.

Urs Plüss, DYM/EVP

Die Mühlegasse und die obere Brühlstrasse befinden sich in schlechtem Zustand. Die obere Brühlstrasse löst sich langsam auf und bei Regen bilden sich tiefe Pfützen. Eine Durchfahrt mit dem Fahrrad ist nicht möglich, ausser man benutzt das Trottoir. Als Fussgänger wird man vom Spritzwasser der Autos durchnässt. Auch um die Mühlegasse, welche nach Arbeiten der StWZ AG nur behelfsmässig wieder in Stand gesetzt wurde, ist es schlecht bestellt. Die Sanierung ist für 2021 geplant. Erfolgen behelfsmässige Flickarbeiten der Löcher oder wird damit wirklich noch sechs Jahre zugewartet?

Andreas Rüegger, Stadtrat

Die Komplettsanierung ist tatsächlich erst in sechs Jahren vorgesehen. Obwohl die Strasse in einem sehr schlechten Zustand ist, wird nur noch der nötigste Unterhalt erledigt. Zudem wurde von der StWZ AG nicht verlangt, diesen Strassenteil perfekt zu sanieren, weil es sich nur um ein kleines Teilstück gehandelt hat. Der notwendige Minimalunterhalt bis zur Gesamtsanierung erfolgt aber selbstverständlich.

Urs Plüss, DYM/EVP

Die Veloführung vom Bahnhof in Richtung SUVA-Blöcke ist problematisch. Auf der einen Seite ist aufgrund einer Absperrung kein Durchkommen. Auf der Ostseite führt der Weg zuerst an den Mobility-Autos entlang und anschliessend liegt eine Barriere am Boden. Wahrscheinlich wird diese irgendwann wieder montiert. Gibt es einen Plan für die Verkehrsführung der Radfahrer in Richtung Rigiweg?

Andreas Rüegger, Stadtrat

Auf der Ostseite im Bereich Forstacker befindet sich eine private Überbauung. Dort führt kein offizieller Weg für Radfahrer entlang. Es ist korrekt, dass viele Radfahrer dort entlang fahren, weshalb zeitweise eine Kette gespannt wurde. Die Radfahrer sollen auf der Westseite in Richtung Junkerbi-fang geführt werden. Die offenbar ebenfalls weggerissene Barriere wird wieder angebracht, da diese das Befahren des alten Teils der Strengelbacherstrasse durch Automobilisten verhindern soll. Rad-fahrenden ist die Durchfahrt erlaubt.

Michael Wacker, SP/JUSO, sp

Ein wiederkehrendes Thema in Zofingen betrifft die Bäume. In den letzten Wochen wurden verschie-denste Tiefbauten ausgeführt oder in Angriff genommen, davon eine im Busterminal. Dort wurden die Bäume als praktische Stützen für zu lagerndes Material benutzt. An der oberen Promenade und im Bereich der Sammelstelle beim Thutplatz wurden in einer sträflichen Art und Weise Gräben geöff-net. Von Baumschutz war keine Rede, da die Grabarbeiten zum Teil mit knapp 50 cm Abstand zum Stamm ausgeführt wurden. Erhalten die Unternehmer jeweils das stadtteigene Merkblatt der Fach-stelle Natur und Unterhalt zum Thema Baumschutz? Falls ja, wer kontrolliert die Einhaltung bzw. wer ahndet ein Fehlverhalten?

Andreas Rüegger, Stadtrat

Es hat sich um keine städtischen Baustellen gehandelt. Im Rahmen dieser Baustellen wird das Merk-blatt den Unternehmern abgegeben. Bei zwei der Baustellen hat es sich um StWZ-Baustellen gehan-delt, diese sind entsprechend informiert und geben die Merkblätter ihren Unternehmern ab. Man wird jedoch nochmals explizit darauf hinweisen, dass auf den Schutz der Bäume entsprechend Wert gelegt wird.

Markus Gfeller, Fraktionschef SVP

Ihn interessiert der Stand der Aufsichtsanzeige gegen den Stadtrat Zofingen als Baubewilligungs- und Baukontrollbehörde, welche am 1. Juni 2015 beim Einwohnerrat eingereicht wurde. Die ent-sprechende Information wurde dem Rat am 22. Juni 2015 unter den Mitteilungen zur Kenntnis ge-bracht.

Hans-Martin Plüss, Vizeammann

In der Aufsichtsanzeige ging es um Auflagen in einer Baubewilligung im Bereich Hochbau. Die Nach-barn waren sich nicht einig, in welchem Zeitraum diese erfüllt und durch die Bauverwaltung durch-gesetzt sein mussten. Deshalb wurde die Aufsichtsanzeige einerseits beim Einwohnerrat und ande-rerseits beim Kanton eingereicht. Der Kanton hat die Aufsichtsanzeige abgelehnt bzw. festgestellt, dass kein Eingreifen erforderlich sei. Gestützt auf den kant. Entscheid hat das Ratsbüro die Auf-sichtsanzeige als gegenstandslos abgeschrieben.

Miriam Ruf-Eppler, Ratspräsidentin

Die Präsidentin bedankt sich für die aktive Teilnahme an dieser Sitzung und weist auf die nächste Sitzung vom 24. Oktober 2016 hin. Abschliessend wünscht sie allen einen schönen Abend und eine gute Zeit bevor sie die Sitzung um 20.26 Uhr schliesst.



Für getreues Protokoll:

Miriam Ruf-Eppler
Ratspräsidentin

Cornelia Zürcher
Protokollführerin